a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name	Verbandsgemeindeverwaltung Göllheim	
Straße	Freiherr-vom-Stein-Straße 1-3	
PLZ, Ort	67307 Göllheim	
Telefon	+49 6351490982	Fax
E-Mail	stillmann@vg-goellheim.de	Internet

b) Vergabeverfahren **Öffentliche Ausschreibung, VOB/A**

Vergabenummer FB2_2026-01_ST

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe:

☒ elektronisch

in Textform
Bekanntmachungs-ID: CXVHY4YDYH7F626P

☐ schriftlich

d) Art des Auftrags

☒ Ausführung von Bauleistungen

☐ Planung u. Ausführung von Bauleistungen

☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

Dorfgemeinschaftshaus Bubenheim
Hintergasse 26
67308 Bubenheim

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Art der Leistung: Neugestaltung Außenanlage am Dorfgemeinschaftshaus Bubenheim

Umfang der Leistung:
- ca. 840 m Platz- und Freiflächen neu überplanen
- ca. 170 m2 Geländemodellierung vornehmen
- ca. 140 m Tief- Hoch- und Rundborde liefern und einbauen
- ca. 60 m2 wassergebundene Deckschicht liefern und einbauen
- ca. 60 m2 Schotterrasen liefern und einbauen
- ca. 520 m2 Klimastein engfugig liefern und verlegen
- ca. 100 m2 Klimastein weitfugig liefern und verlegen
- ca. 3 Beleuchtungsstelen liefern und anschließen - ca. 45 m Entwässerungskanal liefern und verlegen
- ca. 1 Anschluss an den Bestandkanal erstellen
- ca. 170 m Pflanzfläche bearbeiten
- ca. 10 Bäume pflanzen
- ca. 8 mobile Bepflanzungs- und Begrünungsmöbel liefern und aufstellen
- ca. 1 Hochbeet aus Cotenstahl liefern und montieren

g) Angabe über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

☒ nein

☐ ja, Angebote sind möglich
- ☐ nur für ein Los
- ☐ für ein oder mehrere Lose
- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann

Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung

Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

i) Ausführungsfristen

☐ Beginn der Ausführung:

☒ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:

☐ weitere Fristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

15.02.2027-31.08.2027

j) Nebenangebote

☐ zugelassen

☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

☒ nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

☐ zugelassen

☒ nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Online-Plattform "RLP.Vergabekommunal" (https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY4YDYH7F626P/documents)

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung

☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

☒ nachgefordert

☐ teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:

☐ nicht nachgefordert

Auskunftserteilung über Vergabeunterlagen und Anschreiben bis 11.11.2026

o) Ablauf der Angebotsfrist **am** 18.11.2026 **um** 10:00 **Uhr**

Ablauf der Bindefrist: **am** 23.12.2026

p) Adresse für elektronische Angebote

"RLP.Vergabekommunal" (https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY4YDYH7F626P)

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch;

r) Zuschlagskriterien Niedrigster Preis

s) Eröffnungstermin am 18.11.2026 um 10:00 Uhr

Ort

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Gemäß § 14 Abs. 1 VOB/A wird die Öffnung der Angebote bei der ausschließlichen Zulassung elektronischer Angebote von mindestens zwei Vertretern des Auftraggebers durchgeführt. Bieter sind zu diesem Termin nicht zugelassen und dürfen nicht daran teilnehmen.

t) geforderte Sicherheiten

Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B):
Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit
für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne
Nachträge) zu leisten.

Sicherheitsleistung für Mängelansprüche:
Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen
zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Die Abrechnung mit dem Auftragnehmer erfolgt nach einwandfreier und abgenommener Leistungserbringung auf
Rechnung. Nach den einschlägigen Haushaltsbestimmungen des Landes Rheinland-Pfalz dürfen Zahlungen grundsätzlich nur für
bereits erbrachte Lieferungen / Leistungen erfolgen.

v) Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften

w) Beurteilung zur Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis).
Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich

Online auf "RLP.Vergabekommunal" (https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY4YDYH7F626P/documents) oder
Vergabestelle, siehe a)

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Sonstige Unterlagen

- FB124_Eigenerklärung zur Eignung (mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur persönlichen Lage zu überprüfen	Dem Angebot ist das Formblatt 124 Eigenerklärung oder alternativ die Einheitliche Europäische Eigenerklärung zur Eignung (EEE) ausgefüllt vorzulegen. Kommt Ihr Angebot in die engere Wahl können zur Überprüfung folgende Unterlagen nachgefordert werden: - Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer -Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen -Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist Die oben aufgeführten Unterlagen und Nachweise sind auch von jedem eingesetzten Nachunternehmer vorzulegen.
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu überprüfen	Dem Angebot ist das Formblatt 124 Eigenerklärung oder alternativ die Einheitliche Europäische Eigenerklärung zur Eignung (EEE) ausgefüllt vorzulegen. Kommt Ihr Angebot in die engere Wahl können zur Überprüfung folgende Unterlagen nachgefordert werden: - rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde) - Unbedenklichkeitsbescheinigung: Eine aktuelle Bescheinigung des Finanzamtes bzw. in Steuersachen, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen erstellt - Freistellungsbescheinigung

	Die oben aufgeführten Unterlagen und Nachweise sind auch von jedem eingesetzten Nachunternehmer vorzulegen.
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zu überprüfen	Dem Angebot ist das Formblatt 124 Eigenerklärung oder alternativ die Einheitliche Europäische Eigenerklärung zur Eignung (EEE) ausgefüllt vorzulegen. Kommt Ihr Angebot in die engere Wahl können zur Überprüfung folgende Unterlagen nachgefordert werden: -Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben - Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal Die oben aufgeführten Unterlagen und Nachweise sind auch von jedem eingesetzten Nachunternehmer vorzulegen.
Sonstige Bedingungen	Dem Angebot ist eine ausgefüllte Mustererklärung 1 und/oder 3 nach LTTG beizulegen. Die oben aufgeführten Unterlagen und Nachweise sind auch von jedem eingesetzten Unterauftragnehmer vorzulegen.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Name	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Energie und Klima - Vergabeprüfstelle -		
Straße	Stiftsstraße 9		
PLZ, Ort	55116 Mainz		
Telefon		Fax	
E-Mail	vergabepruefstelle@mwtek.rlp.de	Internet	

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

- Das Angebot ist ausschließlich elektronisch, in verschlüsselter Form über die genutzte Vergabeplattform einzureichen (§ 9 bis § 11 VgV / § 7 UVgO / § 11a EU VOB/A). Die Einreichung von Angeboten in schriftlicher Form (Postweg oder persönliche Abgabe) sowie per E-Mail oder Fax ist unzulässig. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht über die Vergabeplattform eingehen, werden zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV / § 42 Abs. 1 Nr. 1 UVgO / § 16 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A).

- Fragen zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform einzureichen (gem. § 9 bis § 11 VgV / § 7 UVgO / § 11a EU VOB/A). Um eine rechtzeitige Bearbeitung zu gewährleisten, sollten die Fragen spätestens 7 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist vorliegen. Bei verspätetem Eingang kann eine Beantwortung vor Fristende nicht mehr garantiert werden (vgl. § 20 Abs. 3 VgV / § 13 Abs. 4 UVgO / § 12a EU Abs. 3 VOB/A). Die Antworten werden anonymisiert und für alle Bieter einsehbar auf der Plattform bereitgestellt. Bieter sind im Sinne des Transparenzgebots verpflichtet, die Plattform bis zum Fristende regelmäßig selbstständig auf Aktualisierungen zu prüfen.

- Bieter, die die Vergabeunterlagen gemäß § 41 Abs. 1 VgV / § 29 Abs. 1 UVgO / § 11 Abs. 3 EU VOB/A ohne Registrierung anonym von der Vergabeplattform herunterladen, sind im Sinne der verfahrensrechtlichen Holschuld verpflichtet, sich bis zum Ablauf der Angebotsfrist fortlaufend selbstständig auf der Plattform über Bieterinformationen, Antworten auf Bieteranfragen oder Aktualisierungen der Vergabeunterlagen zu informieren. Eine Benachrichtigung oder Weiterleitung dieser Informationen durch die Vergabestelle erfolgt in diesem Fall nicht.

- Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit der Angebote sind Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sowie dem Leistungsverzeichnis unzulässig (§ 53 Abs. 7 VgV / § 40 Abs. 4 UVgO / § 13 Abs. 1 Nr. 5 VOB/A). Bestehen aus Sicht des Bieters Unklarheiten, Widersprüche oder Regelungslücken in den Vergabeunterlagen, ist dieser verpflichtet, diese unverzüglich und zwingend vor Abgabe des Angebots mittels einer elektronischen Bieteranfrage über die Vergabeplattform mit der Vergabestelle aufzuklären. Wird eine rechtzeitige Anfrage zur Klarstellung unterlassen, geht dies zu Lasten des Bieters; ein nachträglicher Einwand ist im Oberschwellenbereich gemäß § 160 Abs. 3 GWB präkludiert und kann im Unterschwellenbereich nach den Grundsätzen von Treu und Glauben ausgeschlossen sein. Dem Angebot dürfen keine eigenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) oder abweichende vertragliche Konditionen zugrunde gelegt werden. Ein Verstoß gegen diese Vorgaben - einschließlich eigenmächtiger Änderungen zur vermeintlichen Bereinigung von Unklarheiten - führt zwingend zum Ausschluss des Angebots vom weiteren Verfahren (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV / § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO / § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A).

- Die Kreisverwaltung Donnersbergkreis und die Verbandsgemeindeverwaltungen Bruchmühlbach-Miesau, Göllheim und Kirchheimbolanden haben eine Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Zentralen Vergabestellen (ZVS) geschlossen. Diese Vereinbarung sichert durch gegenseitige Unterstützung einen reibungslosen Ablauf aller Verwaltungsprozesse.